

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verleger:
Riesauer Verlag
Riesau Nr. 20.
Telefon Nr. 22.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesau, des Rates der Stadt Riesau, des Finanzamts Riesau und des Hauptzollamts Meißner bezirksamtlich bestimmte Blatt.

Postfach-Nr.
Riesau 1320.
Verleger:
Riesau Nr. 22.

Nr. 88.

Donnerstag, 14. Februar 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellung. Für den Rest des Jahres sind 36 Mark 25 Pfennig zu zahlen. Der Preis für den Abdruck von Anzeigen wird nach dem Inhalt der Anzeigen und dem Umfang der Anzeigen bestimmt. Der Preis für den Abdruck von Anzeigen wird nach dem Inhalt der Anzeigen und dem Umfang der Anzeigen bestimmt. Der Preis für den Abdruck von Anzeigen wird nach dem Inhalt der Anzeigen und dem Umfang der Anzeigen bestimmt.

Die Statistik des Reichrechnungshofes.

Der Rechnungshof des Deutschen Reiches hat kürzlich dem Reichstage eine Denkschrift vorgelegt, die eine ausführliche Kritik der Reichshaushaltsrechnung des Jahres 1928 und der gesamten Finanzgebarung des Reiches enthält. Man könnte glauben, daß diese Denkschrift heute, nachdem seit dem letzten behandelten Reichetat vier Jahre verstrichen sind, keine aktuelle Bedeutung mehr haben könnte. Es muß aber im Gegenteil hervorgehoben werden, daß der Inhalt dieser Denkschrift gerade gegenwärtig die allergrößte Bedeutung verdient. Diesem ist es zu verdanken, daß der Reichrechnungshof Teile seines kritischen Gutachtens schon früher veröffentlichte hätte, damit sie auf die Entwicklung der Reichsfinanzverhältnisse bereits einen größeren Einfluß hätten ausüben können. Der deutsche Parlamentarismus verlangt heute am allermeisten auf demjenigen Gebiete, das eigentlich den Kernpunkt seiner Tätigkeit bilden sollte, nämlich auf dem der Statistik, Fortschritte, die auf gründlichem und sachkundigem Studium des Reichshaushalts beruhen, wie sie vor 30 und mehr Jahren ein Gegenstand der alljährlichen Reichstage zu halten pflegte. Bekanntlich man darf heute nicht mehr zu hören. Die Zahl der Reichstagsabgeordneten, die den Etat auch nur oberflächlich kennen und studieren, ist sehr gering. Umso wichtiger erscheint aber die nachträgliche Kritik des Reichrechnungshofes, der fast allein in der Lage ist, die Finanzgebarung des Reiches kritisch zu prüfen und zu beurteilen.

Die Ergebnisse dieser Prüfung kommen uns so eher gerade zur rechten Zeit, als das Reichsfinanzministerium im Begriffe steht, zur Deckung des Reichshaushalts neue Steuern im Betrage von 8-100 Millionen RM. durchzuführen, obwohl die Frage, ob das Defizit nicht durch Drosselung der Ausgaben gedeckt werden kann, noch keineswegs genügend geprüft und beantwortet ist. Seit Jahren wird mit vollem Recht von den Trägern der deutschen Wirtschaft eine Senkung der Ausgaben aller öffentlichen Abteilungen gefordert. Obwohl hiermit noch nicht einmal ein erster Anfang gemacht worden ist, sondern die Ausgaben des Reiches wie die der Länder und Gemeinden vielmehr von Jahr zu Jahr immer größer geworden sind, vertritt der Reichsfinanzminister auch diesmal auf jeden durchgreifenden Ausgabenabbau. Er stellt vielmehr den überaus bedenklichen Grundgedanken der Staatswirtschaft auf, der nichts anderes besagt, als daß die Privatwirtschaft einfach diejenigen Lasten aufbringen muß, die der Staat braucht oder zu brauchen behauptet. Die Denkschrift des Reichrechnungshofes enthält aber eine Menge von Beweisen dafür, daß mit den Reichsmitteln keineswegs immer sparsam, sondern im Gegenteil sogar oft nicht einmal mit derjenigen Vorsicht gewirtschaftet wird, die in jedem privaten Unternehmen selbstverständlich ist.

Es sei ganz davon abgesehen, daß durch den Rechnungshof eine ganze Reihe von Betrugsfällen und Unterschlagungen aufgedeckt und nachgewiesen wurde, wofür in der Denkschrift nicht bezweifelnde Beweise angeführt werden. Aber der Bericht weist auch auf zahlreiche Vereinfachungsmaßnahmen hin, die von den Revisoren des Reichrechnungshofes vorgeschlagen worden sind, und die zu erheblichen Verwaltungsparsamkeiten führen könnten. Der Rechnungshof hat überdies festgestellt, daß in großem Umfang Beförderungsdienstleistungen von Beamten unrichtig festgestellt worden sind, wodurch natürlich erhöhte Dienst- und Ruhegehaltsbezüge zu Unrecht erzielt worden sind. Ähnliche Dinge sind auch hinsichtlich der Höhe der Dienstauswandsentschädigungen, der Reisekosten und der Anrechnung von Dienstwohnungen in sehr vielen Fällen festgestellt worden. Man hat entschieden den Eindruck, daß das Reich weit billiger arbeiten könnte, wenn in der Verwaltung wieder jene strenge Sparpolitik eingeführt und wieder jene genaue, wenn auch manchmal kritische Kontrolle ausgedehnt werden würde, die in der Vorkriegszeit für das preussische und deutsche Verwaltungswesen kennzeichnend war.

Der Rechnungshof des Deutschen Reiches gibt aber in seiner Denkschrift auch Ratschläge für eine Vereinfachung der Verwaltungszustände und zeigt, wie hier auf manchen Gebieten sich unhaltbare, die Verwaltung ganz unübersichtliche Zustände herausgebildet haben, und zwar vorzugsweise in Behörden, die, wie beim Flugwesen und Flugwetterdienst, erst nach dem Kriege neu aufgebaut worden sind. Das Nebenamtsarbeiten von Reich und Ländern schafft so viele Doppelbelastungen, daß hier unter allen Umständen einmal mit eiserner Beharrlichkeit vorgegangen werden muß.

Alles in allem wird also in der Denkschrift des Reichrechnungshofes eine Fülle von Berichtigungen und Verbesserungen in der öffentlichen Ausgabenwirtschaft nachgewiesen. Daß sich hierin seit dem Jahre 1928 nichts Wesentliches geändert hat, zeigt die weitere Aufstellung aller Ausgabenposten in den letzten Jahren. Bevor an weitere Steuererhöhungen gedacht werden darf, wird der Reichstag eine grundlegende Reform der Ausgabenwirtschaft in Reich und Ländern erzwingen. Sonst werden auch die neuen Steuererhöhungen sehr bald wieder nutzlos in dem Danabehalte der heutigen sorglosen Finanzgebarung verkommen sein. Ausgabenbeschränkung und äußerste Sparpolitik wird allen öffentlichen Abteilungen an beiden dadurch aufgezwungen werden, daß man ihnen alle Vereinfachungen, durch die die Privatwirtschaft noch härter als bisher befaßt wird, grundsätzlich verweigert.

Die Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit.

Paris, 13. Februar. Über die heutigen Sitzungen des Sachverständigenausschusses berichtet die Agentur Havas: Der Sachverständigenausschuss hat in seinen heutigen Sitzungen das Studium der Fragen allgemeiner Art, die sich auf die Zahlungsfähigkeit Deutschlands beziehen, fortgesetzt. Dr. Schacht hat über die Wirtschaftslage des Reiches nähere Angaben gemacht. Er hat es sich vor allem angelegen sein lassen, die Schlussfolgerungen des letzten Berichtes Pariser Silberkongress zu erläutern, besonders betreffend das Zahlungsmittelwesen Deutschlands, verglichen mit dem der anderen Nationen.

Der deutschen Delegation wurden verschiedene Fragen über Einzelheiten gewisser Typen des Reichsbudgets gestellt. Dr. Schacht wurde ersucht, sich über den Stand der gegenwärtigen Prosperität der deutschen Industrie, sowie über die deutsche Handelsbilanz zu äußern.

Die deutsche Delegation hat umfangreiches Material und zahlreiche Statistiken vorgelegt, die die Sachverständigen in ihren Einzelheiten werden prüfen müssen.

Wie man sieht, ist der Ausschuß erst noch bei einer Untersuchung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands im Gange. Die Prüfung der Zahlungsfähigkeit wird noch mehrere Tage fortgesetzt werden und wird die unerlässlichen Vorarbeiten für die Erfüllung seiner Aufgabe darstellen.

Paris, 14. Februar. Über die gestrigen Beratungen des Reparationskommissionarsausschusses berichtet die Agentur Havas: Dr. Schacht hat daran erinnert, daß die Handelsbilanz Deutschlands ein Defizit in Höhe von einer Milliarde aufweise. Damit die Devisenkontrollen bezahlt werden könnten, sei ein größerer Ueberschuß in der Handelsbilanz notwendig. Andererseits müßten auch bei den Einfuhr- und Ausfuhrziffern die Reparationsleistungen in Berücksichtigung gezogen werden. Dr. Schacht habe außerdem die nach seiner Ansicht zu optimistischen Schlussfolgerungen Pariser Silberkongress hinsichtlich der budgetären Einnahmen aus den 5 verpfändeten Einnahmequellen (Zoll, Tabak, Bier, Alkohol, und Zucker) erörtert. Schließlich haben Dr. Schacht und seine Kollegen die Lage der deutschen Industrie gesprochen, die Diskussion wird heute fortgesetzt werden.

„Echo de Paris“ erklärt, wahrscheinlich werde die Prüfung dieser allgemeinen Fragen die ganze Woche in Anspruch nehmen. Trotz hier umlaufender tendenziöser Gerüchte bleibe der Eindruck von dem Verlauf der Verhandlungen gut.

„Chicago Tribune“ erklärt: Die Verhandlungen gingen dreimal so schnell, als man vorher angenommen hatte und werden, wenn dies Tempo beibehalten würde, schon in einem Monat zu Ende sein statt in zwei oder drei Monaten, wie man geglaubt hatte.

Amerikanische Blätter über die Verhandlungen des Sachverständigenausschusses.

X New York. Die Blätter widmen den Besprechungen des Sachverständigenausschusses und den dabei gemachten

Ausführungen Dr. Schachts beträchtlichen Raum, ohne vorläufige redaktionelle Kommentare hinzuzufügen. Sie heben lediglich in den Überschriften hervor, daß Young den Dawesplan verteidigt habe und im übrigen die amerikanischen Delegierten ihre neutrale Rolle bewahrt hätten. — New York Times bemerkt die kürzliche englische und französische Beurteilung des Antrags Capper sowie die angeblichen Notizen, die hinter Youngs Wahl zum Vorsitzenden des Sachverständigenausschusses ständen, zu längeren Ausführungen über das europäische Mißverhältnis. Der Antrag Capper sei offenbar seitens Europas als Ausdruck der Wünsche der amerikanischen Regierung aufgefaßt worden, was bekanntlich nicht der Fall sei. Mit der Wahl von Dawes und nunmehr Youngs zum Vorsitzenden der Konferenz habe Europa offenbar gehofft, durch die Vereinigten Staaten zu einer entgegenkommenderen Haltung bezüglich der Schulden der Alliierten zu veranlassen. Diese Illusion würden die amerikanischen Sachverständigen sicherlich schnell erkennen. Deutschland sei 1914 nicht das einzige Land gewesen, das die Vereinigten Staaten falsch beurteilte. Die Mißverständnisse zwischen den Vereinigten Staaten, England und Frankreich seien heute überallhin häufig, obgleich keine große Kenntnis Amerikas erforderlich sei, um zu wissen, daß angesichts der amerikanischen Reinnahme aus Vorkriegszeiten in politischen Dingen Jahre vergangen müßten bis eine Schuldenreicherung denkbar werde.

Die englische Presse über die Verhandlungen des Sachverständigenausschusses.

X London. Reuters meldet aus Paris, die allgemeine Atmosphäre in der Sachverständigenkonferenz sei nach wie vor günstig. Dr. Schachts Ausführungen seien als klar und maßvoll bezeichnet worden. Der Pariser Korrespondent des Daily Express sagt, Dr. Schacht habe seine Worte hauptsächlich an Moragan gerichtet. Seine Bemerkungen hätten einen tiefen Eindruck auf die anderen Delegierten gemacht. Der Korrespondent der Financial Times schreibt: Die einseitige Kritik — wenn der Ausdruck gebraucht werden darf — die die anderen Delegierten an den Ausführungen Dr. Schachts zu üben hatten, war, daß die deutschen Sachverständigen nach Darlegung ihrer Auffassungen zu glauben schienen, daß nun nichts mehr zu sagen sei. Abgesehen davon waren die Delegierten sich einig, daß Dr. Schachts Ausführungen eine bemerkenswert kluge Darstellung des deutschen Standpunktes waren. Der Korrespondent fügt hinzu: Eines wird bereits klar; daß die wirklich wichtigen Entscheidungen nicht in den Sitzungen des Ausschusses, sondern in den privaten Besprechungen zwischen den Delegierten fallen werden.

Ein Aufruf der politischen Parteien des Saargebietes.

Saarbrücken. (Telunt.) In den bekannten Vorlesungen im lazarischen Saargebiet haben die politischen Parteien des Saargebietes mit Ausnahme der Kommunisten folgenden, gemeinsamen Aufruf erlassen:

Bereits zehn Jahre ist das Saargebiet von seinem Mutterland getrennt. In dieser Zeit ist vor aller Welt der Beweis geliefert worden, daß das Saargebiet ein fremdenlandisches Gebiet ist. Noch immer aber gibt es Franzosen, die glauben, Frankreich habe ein historisches und moralisches Recht auf den Besitz des Saargebietes. In den Gründen, die neuerdings hierfür ins Feld geführt werden, gehört auch die Behauptung, das Saargebiet sei ein zweifachsprachiges Grenzgebiet. Jeder Franzose, der im Saargebiet lebt, wird einwandfrei bezogen, daß diesem nicht so ist. Man scheint aber aus der Tatsache, daß einige hundert Kinder die französische Sprache sprechen und einige tausend Kinder der deutschen Volksschulen den lateinischen französischen Unterricht bekommen, zu folgern, im Saargebiet sei man dem französischen Annexionsgedanken günstig gesinnt. Diese Schlussfolgerung ist vollkommen irrig, aber sie scheint für gewisse chauvinistische Kreise Frankreichs ein willkommenes Argument mehr zu liefern in der Frage der Trugschlüsse, die für eine offene oder verschleierte Annexion gelten würden. Diese beherrschende Tatsache zwingt die politischen Parteien des Saargebietes, die Bevölkerung der Saar vor einem

Bedruck nicht nur der französischen Schule, sondern auch des fakultativen Unterrichts zu warnen. So begründbar es auch ist für sich insbesondere für ein Grenzland die Kenntnis einer bedeutsamen Grenzsprache für alle Volksschichten ist, so muß andererseits unter den obwaltenden Umständen an der Saar davon gewarnt werden, ein unerwünschtes Bildungstreiben zum Handlangerdienst für französische Annexionspropaganda degradieren zu lassen. Auch die Erfahrungen, die man seit Einführung des fakultativen Unterrichts in den deutschen Schulen damit gemacht hat, sind nicht gut. Die Kinder erwerben keine nennenswerte Kenntnis der französischen Sprache. Ihr späteres Fortkommen wird dadurch also nicht erleichtert, sondern im Gegenteil durch die Teilnahme an dem fakultativen französischen Unterricht werden andere für das Leben wichtige Fächer vernachlässigt. Indem wir diese Tatsache feststellen, fügen wir gleich hinzu, daß die französischen Schulen der französischen Verwaltungsverwaltung den gleichen Mißerfolg auszuweisen haben. Der unter anderen Umständen als ein Recht bestehende Anspruch eines jeden gutgebildeten Schulkindes auf den Erwerb einer fremden Sprache muß und kann also im Saargebiet ohne Bedenken bis zu unserer Rückkehr zum Vaterlande und den eingangs erwähnten Gründen zurücktreten vor unseren großen politischen Zielen.

General Booth

nachmals seines Amtes enthoben.

X London. Der Oberste Rat der Heilsarmee entschied heute mit 52 gegen 5 Stimmen, daß General Booth unfähig sei, sein Amt weiter auszuüben. Es wurde deshalb beschlossen, den General seines Amtes zu entheben. Vier Mitglieder enthielten sich der Stimme.

Der Nachfolger des Generals Booth.

X London. Der Oberste Rat der Heilsarmee wählte den Generalmajor Sigismund zum Nachfolger des Generals Booth. Die Wahl von Sigismund zum Nachfolger des Generals Booth erfolgte mit 42 Stimmen. Für die Schwester des Generals, Evangelina Booth, wurden 17 Stimmen abgegeben.